

Militärattaché bei der deutschen Botschaft in Konstantinopel. Vom Auswärtigen Amt in Berlin hat sich Legationssekretär v. Weidenhau nach Batum begeben, wo auch der sibirische Konsul von Tiflis Graf Schulenburg an den Beratungen teilnimmt. Oesterreich-Ungarn ist in Batum nicht vertreten; türkischerseits führt der Justizminister Kasli Bey die Verhandlungen. Die Anerkennung der transkaukasischen Republik ist bisher nicht erfolgt; die Verhandlungen scheinen, wie voranzusehen war, ziemlich schwierig zu sein.

Nordkaukasien erklärt sich unabhängig.

Konstantinopel, 15. Mai. Die bevollmächtigten Delegierten der Vereinigung der Eingeborenen Nordkaukasien richteten an alle Regierungen eine Note, die besagt: Die Völker Nordkaukasien haben eine regelmäßige Nationalversammlung gewählt, welche auf ihrer Tagesordnung im September 1917 die Gründung der Vereinigung der Eingeborenen Nordkaukasien anknüpft und die Vollzugsgewalt der gegenwärtigen Regierung anvertraut hat, welche die Unterzeichner zu ihren Mitgliedern zählt.

Angesichts der in Russland herrschenden Anarchie von dem Recht der Selbstbestimmung Gebrauch machend, haben sie die Trennung von Russland und die Errichtung eines unabhängigen Staates beschlossen. Das Gebiet des neuen Staates wird im Norden dieselbe geographische Grenze haben, welche das Departement und die Provinzen Daghesta, Terel, Stavropol Kuban und Schwarzes Meer im ehemaligen russischen Reich hatte, im Westen das Schwarze Meer, im Osten das Kaspische Meer und im Süden die Grenze, die dem näheren im Einvernehmen mit der Regierung von Transkaukasien bestimmt werden soll.

(gez.) Abdu Medschid, Tschernomow, Saiber, Baezlow.

Die monarchistische Reaktion in Finnland.

Stockholm, 15. Mai. Wie Svenska Dagbladet aus Helsingfors erfährt, veröffentlichten am Dienstag führende Persönlichkeiten aus allen bürgerlichen Parteien einen Aufruf, in dem die Mitbürger aufgefordert werden, im Hinblick auf Finnlands Bedürfnis nach innerer Stärkung und äußerer Kraft die monarchische Staatsform zu wählen. Der Hauptgrund für diese Forderung ist die Minderjährigkeit, die notwendigen Beziehungen zu den Mittelmächten aufrechtzuerhalten.

Kämpfe in Moskau.

Petersburg, 12. Mai. (Mentor.) Ein Kampf zwischen Bolschewisten und Anarchisten hat gestern nacht in Moskau begonnen. Die Sowjetgruppen umgibteten die Gebäude der Anarchisten, darunter ihr Hauptquartier, den früheren kaufmännischen Klub, auf dem eine große schwarze Fahne mit der Aufschrift „Anarchie“ weht. Die Anarchisten lehnten die Uebergabe ab und verteidigten sich mit Geschützen, Panzerwagen und Handgranaten. Mehrere Kämpfe fanden in andern Straßen statt. Die sogenannten anarchistischen Führer zogen nach halbfinnischer Besetzung die welche Flange auf. Die beiderseitigen Verluste sind bisher nicht bekannt. Beim Kreuz, dem Sitz der Volkskommissare, sind viele Geschütze aufgestellt. Heute mittag dauerte der Kampf noch an.

Kornilow gefallen.

Kiewskoja Wschel: In Kiewer militärischen Kreisen wird die Nachricht bestritten, wonach General Kornilow in den Kämpfen bei Jekaterinodar am 13. April den Tod gefunden hat.

Das Schicksal des Zaren.

Kopenhagen, 15. Mai. Die Times melden aus Petersburg: Der Zar und eine Prinzessin wurden nach Jekaterinburg überführt; die Regierung befürchtet, die Bauern der Tobolsker Gegend würden angreifen des Zaren eingreifen. Man will eine Verhinderung zur Befreiung des Zaren entdeckt haben. Der sibirische Thronfolger Alexejewitsch verbleibt in Tobolsk wegen seiner schwachen Gesundheit. Der Zar bewohnt ein kleines Privathaus in Jekaterinburg; niemand darf sich ihm nähern. Man erwartet übrigens, daß das Schicksal des Zaren in aller nächster Zeit entschieden wird. (Telumion.)

Wilson und die Dänen.

London, 15. Mai. — Mentor. — Die die Times aus Washington erklären, erklärte Präsident Wilson einer Delegation des dänischen Nationalrats, der 700 000 Dänen in den Vereinigten Staaten vertritt, die amerikanische Regierung werde dem dänischen Nationalrat jede Erleichterung gewähren, um die Opposition gegen die deutsche Herrschaft in ihrem Heimatland zu organisieren.

Vom Tage.

Aus dem Reichstag wird uns vom 14. Mai geschrieben:

Die Prophezeiungen mancher Reichsboten, daß die heutige Sitzung schnell vorübergehen werde, hat sich nicht erfüllt. Die Sitzung verlief auch nicht still und eindrucklos, sondern sie nahm durch die Ausführungen der Redner der Unabhängigen Sozialdemokratie und die Eingriffe des Präsidenten Paasche in die Redefreiheit zuweilen auch einen recht bewegten Charakter an.

Die Beratung des Etats des Reichsjustizamts wurde nach der Erledigung einiger Anfragen fortgesetzt. In der Debatte kritisierte unser Genosse Herzfeld die jüngst vom Reichsgericht gefällten Zuchthausurteile. Es war natürlich, daß sich dabei der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie eine starke Erregung bemächtigte, die sich auch auf das übrige Haus übertrug. Der Staatssekretär Dr. Krause unternahm es in seiner Antwort, das Reichsgericht als das objektivste Gericht von der Welt zu verteidigen. Der Regierungsjournalist Landsberg verweilte sehr lange Zeit bei einer Resolution, die eine soziale Organisation für die deutsche Rechtsanwaltschaft fordert, kurze Zeit nur aber hatte er für die Urteile gegen Arbeiter übrig; er wünschte lediglich, daß eine Amnestie für sie erlassen werde.

Sehr lebhaft wurde es noch einmal, als Genosse Cohn auf die Rechtsprechung, besonders der Militärgerichte, zu sprechen kam. Wieder suchte, wie schon bei Genossen Herzfeld, Herr Paasche hindernd einzugreifen. Er tat es, indem er anordnete, Cohn solle ferner nicht über Klassenjustiz sprechen. Cohn wies mit der gebotenen Entschiedenheit diese Einmischung zurück. Der Staatssekretär schwieg sich diesmal völlig aus.

Der Reichstag machte sich dann noch an die Erledigung des Kolonialstats. Eine Anzahl bürgerlicher Redner trugen bei dieser Gelegenheit ihre Annerkennungsvor. Genosse Henle erklärte kurz, daß seine Freunde nach wie vor die schärfsten Gegner der kapitalistischen Kolonialpolitik seien.

Dann kam es noch zu einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, indem Genosse Ledebour der Beratung bis zum 4. Juni widersprach. Er beantragte, vielmehr am Mittwoch weiterzutagen und auf die Tagesordnung zu setzen: Auswärtiges Amt. Es sein dringend notwendig, daß die wichtigen Vorkommnisse in der Ukraine und Finnland eingehend und zwar sofort besprochen würden. Das hohe Haus mit Einschluss der abhängigen Sozialdemokraten lehnte den Antrag Ledebours aber ab. Der Reichstag ging in die Pfingstferien.

Im Hauptauschuß des Reichstages haben in den letzten Tagen Beratungen über den gemeinsamen Antrag der Mehrheitsparteien stattgefunden, Kriegsaufgaben auf Einkommensvermehrung und auf Vermögen dem Steuerprogramm der Regierung einzufügen. Die Regierung hat sich gegen diese Heranziehung der Besitzenden erklärt; sie fand kräftige Unterstützung durch die Finanzminister der Einzelstaaten, die nach Berlin geeilt waren, um das ausschließliche „Recht“ der Bundesstaaten auf die direkten Steuern auf Einkommen und Vermögen zu verteidigen. Eine Abstimmung hat noch nicht stattgefunden. Am Nachmittag des Dienstags sollten vertrauliche Verhandlungen eine Verständigung erzielen. Sie haben indessen, wie in der Abendstunde des Ausschusses von Abgeordneten Grüber mitgeteilt wurde, nur teilweisen Erfolg gehabt. Die Finanzminister der Einzelstaaten wollten schließlich sich mit dem Antrag auf Besteuerung des Mehreinkommens abfinden, ihren Protest gegen die Vermögenssteuer und die einmalige Besteuerung des Einkommens von Reichswegen haben sie aber aufrecht erhalten. Der Reichsjustizsekretär hat sich auf ihre Seite gestellt und gemeint, man könne die Vermögenssteuer und die einmalige Besteuerung des Einkommens entbehren, weil die Besteuerung des Mehreinkommens, wenn man kräftig zusasse, 1200 Millionen Mark ergeben werde, so daß der Finanzbedarf des Reiches gedeckt werde. Der Schatzsekretär soll statistische Nachweise beibringen, aus denen sich ersehen läßt, ob seine Rechnung zutrifft. Der Ausschuß vertagte sich sodann ohne Abstimmung bis zum 5. Juni.

Wilhelm II. hat bei einem Besuch in Kachen in der Stadtkommandantur eine Ansprache gehalten, in der es hieß:

Die Sache im Westen wird gemacht, aber wir müssen Geduld üben. Millionenheere können nicht an einem Tage erledigt werden. Wir werden unser Ziel erreichen. Schwere Arbeit ist zu leisten, aber dafür haben wir auch tüchtige Schmelze. Den Osten haben wir gewiß. In der Arim geht es auch vorwärts. Zum Schlusse sagte er, alle französisch-parlieren müsse aufhören.

Die Internationale Korrespondenz zieht aus dem Ausgang der Wahlen von Niederbarnim und Zwickau die Schlussfolgerung, daß der Vorwurf, die Regierungsjournalisten trieben Zerplitterungsarbeit, unberechtigt sei.

Dem die Wahlziffern ergeben, so sagt die Z. R., daß diese Wahlen der Sozialdemokratie möglicherweise in die Hände der Bürgerlichen gefallen wären, wenn die Sozialdemokratie keine Bemerkung ausgesprochen hätte. In beiden Wahlkreisen haben die Unabhängigen noch nicht einmal soviel Stimmen erzielt wie die vor der Parteipaltung ganz ausschließlichen bürgerlichen Wettbewerber. In Niederbarnim brachte es der unabhängige Dreifach auf etwas über 18 000 Stimmen, während die drei bürgerlichen Kandidaten zusammen über 20 000 musterten. Ganz ähnlich in Zwickau, wo der Unabhängige Hedert 5000, der „nationale Arbeiter“ Klug 6000 Stimmen erhielt. Damit ist erwiesen, daß die Unabhängigen nicht einmal imhinde sind, die sichersten sozialdemokratischen Wahlkreise gegen die Bürgerlichen zu behaupten. Dieser Umstand macht es der Sozialdemokratie geradezu zur Pflicht, den Unabhängigen überall mit Gegenkandidaten gegenüberzutreten.

Die Z. R. stellt also die Regierungsjournalisten mit den bürgerlichen Parteien ohne weiteres auf eine Linie. Sie sagt, daß sowohl in Niederbarnim wie auch in Zwickau die regierungsjournalistischen Stimmen den bürgerlichen Parteien zugute gekommen wären, wenn die Regierungsjournalisten feigen Kandidaten aufgestellt hätten.

Diese Feststellung ist äußerst wertvoll. Sie bestätigt in vollem Umfange unsere Behauptung, daß in Niederbarnim ebenso wie in Zwickau — von Spandau ganz zu schweigen, wo der regierungsjournalistische Kandidat von vornherein auch als Vertrauensmann der bürgerlichen Parteien auftrat — nicht ein „Sozialdemokrat“, sondern der Vertreter des regierungsjournalistisch-bürgerlichen Mischauchs gewählt worden ist. Wögen sich die Abhängigen der „Siege“ von solcher Art freuen; die unabhängige Sozialdemokratie vertritt darauf, daß sich ihr die Arbeitererschaft in stets wachsendem Maße zuwenden wird. Gerade die bisherigen Wahlen haben jedem, der nicht nur die kurzfristige Tagespolitik betreibt, gezeigt, daß dieses Vertrauen durchaus gerechtfertigt ist.

Der Bundesrat hat eine Verordnung erlassen, die sich gegen die Preistreiber richtet. Diese Verordnung ist insofern bemerkenswert, als sie dem Richter die Pflicht auferlegt, die „gesamten Verhältnisse“ zu berücksichtigen. Der Bundesrat als Gesetzgeber hat dabei wohl die Vorstellung gehabt, daß diese Berücksichtigung der „gesamten Verhältnisse“, die den Richter nicht an den Buchstaben irgendwelcher Verordnungen binden soll, zu einer härteren Bestrafung der Preistreiber, Ketten- und Schleishändler führen wird; nach Lage unserer gesamten sozialen Verhältnisse ist jedoch zu befürchten, daß man damit nur einzelne besonders ungeschickte Sünder fassen, daß aber die Profitmacher, die sich in den von den staatlichen Gesetzen und den kapitalistischen Moralauffassungen sehr weit gesteckten Grenzen bewegt, auch fernerhin ungestört sich entfalten wird. Ohne Profit raucht kein Schornstein und wächst kein Getreidehaum. Der Profit, der möglichst hohe Profit, ist die Grundlage der kapitalistischen Ordnung. Die neue Verordnung wird also einige Außenstellen treffen, an dem Wesen unserer gesamten Wirtschaft aber nicht das mindeste ändern.

Im einzelnen ist der Verordnung zu entnehmen, daß sie nach oben nicht begrenzte Gefängnisstrafen und Geldstrafen bis zu 200 000 M. festsetzt, wenn Gegenstände des täglichen Bedarfs oder des Kriegsbedarfs durch übermäßigen Gewinn verteuert oder deren Preise durch Zurückhaltung, Kettenhandel oder Vernichtung in die Höhe getrieben werden. Auch Vermittlung, gemeinsame Vorabredung oder Aufforderung wird mit Strafe bedroht.

Zur Ergänzung des Friedens von Bukarest sind zwischen der deutschen und rumänischen Regierung Sonderverträge abgeschlossen worden. Das Wirtschaftsabkommen und ein Abkommen über Eisenbahn, Post und Telegraph werden heute veröffentlicht.

Der Krieg zur See.

Vom U-Boot-Krieg.

Berlin, 14. Mai. (Mittl. (W. Z. B.) In seinem Draufgänger vernichtete Kapitänleutnant Steinbauer mit seinem bewährten U-Boot im Sperrgebiet des westlichen Mittelmeers neuerdings immerhalb weniger Tage sieben wertvolle Dampfer, meist unter erheblicher Gegenwehr, und mehrere kleinere Fahrzeuge von zusammen rund 80 000 Br.-Met.-T., mit ihnen etwa zehn Geschütze. Im Morgengrauen des 20. April drang Kapitänleutnant Steinbauer in die Nordsee besetzte Durchfahrt von San Pietro (Sardinien) ein und griff die im Hafen Carloforte zu Anker liegenden Schiffe an. Er versenkte im Feuer mehrerer Landbatterien den englischen bewaffneten Dampfer Ringstonon (854 Br.-Met.-T.) durch Torpedotreffer, vernichtete mit seiner Artillerie zwei große bewaffnete Geschütze, ließ einen französischen Viermastdampfer in Brand und beladene das feindliche Artillerieschiff. Abbaun erwarf sich das Boot trotz Sperrfeuers der Landbatterien und der Angriffe eines bewaffneten großen Motorbootes die Ausfahrt. Im Ablauf von Carloforte führte das Unterseeboot ein halbklübiges Artillerieschiff gegen einen stark bewaffneten Bewacher und beschloß die Funkentelegraphie und Signalstation Cap Sperone (Insel Antico) mit beobachteter Trefferwirkung.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Bermischte Kriegsnachrichten.

Die Verluste Italiens.

Wien, 13. Mai. (Meldung des Wiener A. A. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Den Blättern zufolge haben nach vorläufiger Schätzung maßgebender Stellen die italienischen Armeen in den 11 Montezschlachten 270 000 Tote, 230 000 invalide Gewordene und 134 000 Gefangene verloren, das sind insgesamt 634 000 Mann Dauerverluste. Dazu kommen noch 120 000 Verwundete, die wieder in die Front einrücken konnten. Während unserer Herbstoffensive 1917 hatten die Italiener 800 Offiziere und 36 000 Mann an Toten, 3200 Offiziere und 120 000 Mann an Verwundeten, 10 000 Offiziere und 285 000 Mann an Gefangenen. Die Gesamteinbuße des Feindes seit Beginn des Krieges beträgt rund 2 250 000 Menschen. An italienischem Kriegserzeugnis wurden bis Ende März von uns 2000 Geschütze geborgen, davon die Hälfte von über 10-Zentimeter-Kaliber, 3000 Maschinengewehre, 150 000 Infanteriegewehre mit 52 Millionen Patronen, 400 Minenwerfer, 1 Million Handgranaten, 1 1/2 Millionen Artilleriegeschosse. Das Gesamtgewicht der sonstigen Beute beträgt 4531 Wagonladungen zu je 10 000 Kilogramm. Einen großen Teil davon bilden Automobile, Train, Telegraphen, Telefon und sonstiges technisches Material, Monturen, Ausrüstungsstücke, sowie Flugzeuge. Durch unsere Herbstoffensive wurde bei Beginn des Krieges von uns freiwillig aufgegebenes Gelände im Ausmaße von 2240 Quadratkilometer, wozu in 27 Kampfmomenten im ganzen nur noch 335 Quadratkilometer kamen, nicht nur fast vollständig wiedergewonnen, sondern dazu noch rund 12 000 Quadratkilometer italienisches Gebiet erobert.

Kleine Auslandsnachrichten.

Das dem österreichischen Serrenhaus. Die Reichspost erfährt, daß 16 Mitglieder der bisherigen Rechten des Serrenhauses, darunter zwei Ukrainer, eine neue Partei gegründet haben, die den Namen Reichspartei führen wird. Sie bestellten zu ihrem Vertreter nach außen Graf Franz Waltherstreich. Diese Parteigründung im Serrenhaus werde eine wesentliche Verschärfung des Gleichgewichts in der Ersten Kammer mit sich bringen. In Zukunft werde das Schwergewicht von der Rechten, der bisher härtesten Gruppe des Serrenhauses, noch mehr vorverlegt werden und die neue Gruppe trete mit der Mittelpartei, in der übrigens zahlreiche ihr nahe stehende Persönlichkeiten sich befänden, politisch in Konkurrenz.

Englisch-deutscher Gefangenenaustrausch? Im Oberhaus sagte Lord Newton hinsichtlich des französisch-deutschen Abkommens über den Austausch von Gefangenen, die britische Regierung würde die Frage von neuem erörtern. Newton betonte, daß, selbst wenn die Engländer ein Abkommen mit dem Feinde über den Austausch erzielten, die wirkliche Durchführung so lange Zeit in Anspruch nehmen würde, daß der etwaige Einfluß auf den Krieg nicht von besonderer Bedeutung auf beträchtliche Zeit sein könnte.

Die englischen Arbeiter und die irische Frage. Die Vereinigten Vollzugsausschüsse der englischen Arbeiterorganisationen richteten einen dringlichen Appell an die Regierungen Irlands, Englands und der anderen Länder, um der Zukunft der Demokratie willen von der Durchführung des Wehrpflichtgesetzes in Irland abzusehen, da jeder Versuch nach dieser Richtung das Blut tausender Iren, Engländer und Schotten kosten, die Entsendung Hunderttausender in den Bürgerkrieg bedeuten und das Gewissen der zivilisierten Welt schwer verletzen würde. Der Appell erfuhr zum mindesten eine unzeitweilige Zusage, daß die diesbezügliche Ausführungsverordnung nicht erlassen werde, bis das den wichtigsten Willen des irischen Volkes ausdrückende irische Parlament konstituiert sei.

Die deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen. Die deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen stehen jetzt vor dem Abschluß; es sollen nur noch unwesentliche Punkte zu überwinden sein. Damit sind die Gefahren eines vertragslosen Zustandes, der von heute ab hätte eintreten müssen, beschworen. Wie das Berner Tageblatt mittelt, ist der Schluß der Verhandlungen im wesentlichen auf ein Handschreiben des deutschen Reichskanzlers an den Berner Bundesrat zurückzuführen, woraus die deutschen Unterhändler, die ihrerseits neue Instruktionen erhalten könnten, plötzlich in der Lage waren, bisher nicht erwogene wertvolle Zugeständnisse zu machen.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier 10. Mai. (Mittl. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegskampflap.

Nach Abschluß der gestrigen Infanteriegeschäfte nördlich von Ammel, in denen wir den Franzosen aus drilischer Eindringlichkeit wieder zurückwarfen, flaute der Artilleriekampf im Remmelgebiet ab. Auch an den andern Kampfzonen ließ die Artillerietätigkeit nach. Heftige Feuerüberfälle dauerten gegen unsere Infanterie- und Artilleriestellungen beiderseits des La Bassée-Kanals, sowie zwischen Somme und Avesnes. Auf dem Westufer der Avesnes lag der Feind gestern früh aus dem Seneceatwald mit starken Kräften vor, unter schweren Verlusten wurde er zurückgeschlagen. An der übrigen Front kleinere Regimentskämpfe.

Starker Mitternachtsangriff an den Kampfzonen führte zu zahlreichen Verlusten. Wir schossen 33 feindliche Flugzeuge ab; 14 von ihnen brachte wiederum das früher von Mittelmeiser Freischütz von Nijhofen geführte Jagdgeschwader zum Absturz. Einmal Windisch erlang seinen 20. Aufstieg.

Von den andern Kriegskampflapen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubanowicz.